BEZUGS-PREIS
Täglich drei Ausgaben, Sonntags und Montags zwei Ausgaben. Bezugspreis: Im Monat: Stadt, Literaturblatt, Für Bezieher, Illustrierte und Jugend. Sonntagsblatt, Reiseblatt. Für die Frau. Bezugspreis in Deutschland monatlich ℳ 6.— einschließlich Bestellgeld, im Ausland monatlich ℳ 7.— Post-Zeitungspreisliste 1930 Nr. 6. Post-Bezugsgebühr 15 Pfg. Postanstalt, Unter Streifband Portozuschlag. Einzelpreise: Morgenblatt 15 Pfg. Mittagsblatt 15, Abendblatt 10 Pfg. ANZEIGEN-PREIS Mill.-Zeile 40 Pfg. Reklame ℳ 3.— Stellengesuche 20 Pfennig. Familien-Anzeigen (nur privat, von der Familie veröffentlicht) Doppelz. 40 Pfg. / Platz- u. Datumvorschrift, ohne Verbindlichkeit.
Störungen d. höh. Gewalt od. Ausstand berechtigen nicht zu Ersatzansprüchen.

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt

(Frankfurter Handelszeitung) — Begründet von Leopold Sonnemann — (Neue Frankfurter Zeitung)

Sammel-Nr. für Fernsprecher: Ortsverkehr Hansa 20202 Fernverkehr Hansa 20301 — Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen
Berlin, N.W. 7, Neue Friedrichstraße 31-37, Schillerstr. 18-24. Berlin W 9, Potsdamerstr. 135. Hamburg, Große Bäckerstr. 9. Köln a. Rh., Constantinstraße 67 u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. München, Prinzregentenstraße 5 a. Residenzstraße 23. Stuttgart, Poststr. 7. Hannover, Leisewitzstraße 1. Leipzig, Hainstraße 3, 1. Erfurt, Viktoria-Straße 21. Wien I, Wollzeile 11. Zürich, Bahnhofstraße 76. Paris 9, 44, Rue de Lisbonne. London E. C. 1 Holborn Viaduct House. Haag-Voorburg, Dr. Moskoterstraat 21. Brüssel, 47, Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York, 154 Fifth Avenue. — Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen.
Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.

Frankfurt, 13. Juni.

Die Demokratisierung Indiens.

Indien nimmt in der deutschen Presse mehr Raum ein, als ihm nach seiner unmittelbaren Bedeutung für Deutschland zuzukommen scheint. Aber es handelt sich dort ja nicht nur um eine politische Angelegenheit, sondern um eine Menschheitsfrage. Ueber den historisch ungemein bedeutungsvollen Indien-Bericht der Simon-Kommission schreibt unser neuer Sdg-Korrespondent aus London:

Der Bericht der Simon-Kommission klärt die englische Oeffentlichkeit darüber auf, ob der zehnjährige Kursus in politischer Verantwortlichkeit, den England dem indischen Volke in Auswirkung der Montagu-Chelmsford-Reformen hat geben wollen, Früchte getragen hat oder nicht. Diese Reformen waren eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, ein Versuchsfeld für indische Selbstregierung zu schaffen. Man hätte sich freilich von Anfang an fragen müssen, ob der Unterricht in Demokratie nicht einen besseren und vollkommeneren Rahmen hätte verlangen dürfen als die „Government of India Act" von 1919 ihn bot. Die Provinzialregierungen mit ihren Ministern, die für bestimmte Gegenstände der örtlichen Legislation und für andere der indischen Gesetzgebung verantwortlich sind, haben sich als brüchige und künstliche Gebilde erwiesen, mit denen man indische Bauern zwar regieren, ihnen aber nicht das Regieren beibringen konnte. Der Simon-Bericht stellt denn auch fest, daß die Anwendung dieser und anderer gleichzeitig eingeführter Reformen die Fähigkeit des indischen Volkes, sich selbst zu regieren, nicht gehoben hat. Aber er geht noch weiter, er bezweifelt, ob es überhaupt möglich sein wird, Indien eine Verfassung zu geben, die nach dem Ideal und Muster der englischen Demokratie geschaffen ist, er wirft die Frage auf, ob die Entwicklung zur Selbstregierung hin, die zu fördern man Indien versprochen hat, überhaupt in Richtung der westeuropäischen Ideen gehen soll, ob es nicht besser ist, den Anspruch auf Allgemeinpolitikfähigkeit dieser Ideen angesichts der Besonderheit Indiens aufzugeben. Wenn wir den Ernst der Lage recht verstehen, geht mit diesem Skeptizismus ein großes englisches Ideal über Bord, vielleicht für immer. Denn wenn es schon nicht anging, den gewaltigen indischen Kontinent in der bequemen Abhängigkeit einer Kronkolonie zu halten — was übrigens seiner wirtschaftlichen Ergiebigkeit abträglich gewesen wäre — so sollte seine politische Lebensform wenigstens von England bezogen und dem englischen Ideal auf immer verpflichtet sein. Uebrigens verlangte ja auch der indische Nationalismus, soweit er sich auf die Hindu-Intellektuellen stützte, nichts besseres. Nur wollte er nicht mehr warten, es sollte gleich sein. Er wollte die jahrtausendlange Entwicklungsreife — die Religionskämpfe, die Entwicklung des Nationalismus, die Ausbreitung der Toleranz, das Einbringen des Sozialismus — von heute auf morgen überspringen und sich das mühevolle Auf und Ab der Evolution sparen. Aber er ist ja nur ein Bruchteil von Indien, dessen Bevölkerung zu 70 Prozent aus Kleinbauern und zu 80 Prozent aus Analphabeten besteht. Die Gesetzgebende Versammlung in Delhi zählt 105 gewählte Mitglieder, die von nur 1 150 000 Wählern ins Parlament gesandt sind. Mehr Bürger sind in diesem Lande, dessen neben den Fürstentümern bestehende Provinzen 240 Millionen Einwohner umfassen, nicht an die Wahlurne zu bringen. Der ihnen Umfand sind nicht die religiöse Zerrissenheit, die Zersplitterung der Sprachen, Rassen und Klassen sowie die stumpfe Ahnungslosigkeit der bäuerlichen Massen allein verantwortlich, sondern auch das völlige Fehlen jeglicher Partei. Die Demokratie im klassischen Sinne kann aber ohne Parteien nicht wirksam werden, der Zusammenschluß von Gruppen nach geographischen oder ethnographischen Gesichtspunkten hilft ihr nichts und bietet kein konstruktives Element zu ihrer Entwicklung.

Aber haben die englischen Lehrmeister nicht selbst im entscheidenden Punkte versagt. Wenn der Inder wirklich so stark auf individuelle Führerschaft angewiesen ist, wie der Simon-Bericht sagt, so war es nicht pädagogisch, den Volksvertreter und das Parlament so ad absurdum zu führen, wie die Nemesis von 1919 dies tat. Ein Gewölbter des Volkes, der mit aufsaßung

Parteigenossen und Freunde der Partei sollten nach wie vor das bewährte Kampfmittel „alter Mitglieder „als Arbeitsbesuch" und „Sonntags oder Sonntagsbesuch" tragen. Außerdem müsse jeder Anhänger der Partei von vorn von Sonntag eines der Mitglieder führen, die seine Angehörigen für ein Jahr Mitgliedschaft des Deutschnationalen Frontkampfvereins. Die Dritter Bisher Wegweisen Führen sich in der Oeffentlichkeit kräftig erkennbar mit dem Hilfsgruppen zu bezeichnen.

Das Reichsgericht belastet den Minister Frick.

(Von unserem Korrespondenten.)

⊙ Weimar, 12. Juni. In der Begründung der am 5. Juni erfolgten Ausschaung des von dem thüringischen Innenminister Dr. Frick auf Grund des Reichsgesetzes erlassenen Verbots der Verbot des sozialdemokratischen „Thüringer Volksztung" durch den Werten Strafsenat des Reichsgerichts wird u. a. dargelegt, im vorliegenden Falle habe das Verbot damit begründen wollen, daß mit einer Beschimpfung des Ministerkes einer Kundgebung gleichgestellt die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform dem Spott und Hohn ausgesetzt werde. Das Gesetz wolle aber lediglich den Fall treffen, wenn die Beschimpfung und Verleumdung eines Ministers das Mittel bilde, zugleich die republikanische Staatsform eines Landes herabwürdigen. Das diese Absicht vorliegen müsse, wenn es sich um einen Zeitungsartikel handle, einzusehen aus diesem klärlich hervorgehen, aber durch besonderen zu dem Artikel in Beziehung stehende Umstände. Nach § 3 Abs. 1 des Reichsschutzgesetzes vom 25. März 1930 entscheide sowohl er Ehr angewendet werden müsse, wörtlich dem § 8 Abs. 1 des früheren Republikschutzgesetzes. Die Rechtslage sei die gleiche geblieben. Der hier in Frage kommende Artikel richte sich, was sein Wortlaut und seinen Sinn anbelangt, ausschließlich gegen den Minister Frick und Frick persönlich. Dieser wurde als Leiter und als Hinderungsgrund bezeichnet, auch werde ihm große Verlogenheit vorgeworfen. An die beleidigenden Ueberschriften seien sachliche Mitteilungen angeschlossen, die erkennen lassen, daß sich die gesamten Ausführungen nur gegen den Minister Frick persönlich richten, mit Ausnahme politischen Maßnahmen die verfassung offenbar nicht einverstanden sei. Die Absicht, die republikanische Staatsform des Landes Thüringen herabzuwürdigen, sei aus dem Artikel in seiner Weise zu erkennen. Es sei aber nicht angängig, bei einer solch straffaren Kritik eines Ministers, die Absicht, die Staatsform herabzuwürdigen, ohne weiteres zu unterstellen. Ein solches Verfahren bedeute, daß jede angebrachte sachliche Kritik an einem gewissen mißliebigen Minister einzuschränken, ja unmöglich zu machen, ein Ergebnis, das von der Reichsverfassung in keiner Weise gebilligt werde.

Hinsson als Kampfer.

Washington, 12. Juni. (Wolff.) Staatssekretär Stimson ermahnte in einer Rundfunkrede die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten, die Opposition und die Propaganda gegen den Flottenvertrag einzustellen, und die Regierung sowie die parlamentarischen Gegenvertreter darin zu unterstützen, den Vertrag noch in diesem Sommer ratifiziert werde. Eine Vergärung bis zum Herbst gebe lediglich den Mitgliedern der einwärtsche Gelegenheit, ihre Heftkampagne zu betreiben, bis wieder Mißtrauen zwischen den Völkern entstehe und der in mühsamer Arbeit aufgebaute Flottenpakt, falls jenen es lediglich ratifiziert werde, seine Wirksamkeit und damit seinen Zweck einbüße. In scharfen Worten wandte sich Stimson gegen die Admirale, die nur in einer möglichst starken Flotte eine Sicherheit für den Weltfrieden sähen, und begleichmünsche Amerika dazu, daß seine Verfassung die Entscheidung über diese Fragen der Regierung und dem Kongreß vorbehalte, nicht aber den berufsmäßigen Kriegern, die durch ihre mißverstandene Erziehung einseitig und „Lebhaftigkeit gewonnen seien und nicht sehen könnten, daß man durch allzu starke Rüstungen den Krieg nicht vermeiden, sondern provozieren. Amerika benötige nicht mehr eine so große Flotte, wie im Weltkriege. Als der „Militarismus des deutschen Kaiserreiches" durch eine friedliche Republik ersetzt worden sei, da habe sich eine neue Lage ergeben, in der große Flotten nicht nur unnötig und kostspielig, sondern auch gefährlich seien, weil sie zum Mißtrauen Anlaß geben würden. Der Londoner Pakt sei ein großer Schritt vorwärts auf dem Pfade der Entwicklung der Abrüstungsidee, die nicht auf einmal, sondern nur durch ständigen Mühens um ihre Verwirklichung allmählich ihr Ziel erreichen könne.

Zur Lage der Beamten.

Die Beamtenschaft der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete, wie der Demokratische Zeitungsdienst meldet, eine Protestversammlung. Steuerobersekretär Carl wies darauf hin, daß alle Bestrebungen der letzten Zeit auf dem Gebiete der Beamtenpolitik, unter ihnen auch die Gestaltung des Besoldungsgesetzes, gegen jeden Beamtenabbau gerichtet seien. Gegen jeden Abbau sei die Opposition. Man müsse sich gegen eine so einseitige Bestrebung einer einzigen Volkspartei energisch wehren. Der Redner befaßte sich dann im einzelnen mit dem Ausgabensenkungsgesetz. Alle geplanten Maßnahmen, die zum Teil moßnerworbene Beamtenrechte antasten, bringen eine Gesamtersparnis von 40 bis 50 Millionen Mark. Das ist bei einem Gesamtetat von 8,6 bis 8,8 Milliarden sehr wenig. Es wird die Frage laut, ob bei einem verhältnismäßig so geringen Gesamtergebnis solche Verschlechterungen des Berufsbeamtentums notwendig waren. Alle Not im Reichs- und Staatshaushalt könnte gründlich beseitigt werden, wenn man endlich zur Durchführung der Reichsreform schreiten würde.

Seit 1. Juni sind Postanweisungen aus Deutschland nach Italien bis 2000 italienische Lire zugelassen. Für Postsendungen aus Italien nach Deutschland bleibt der Höchstbetrag bis auf weiteres auf 200 Mk. beschränkt.

Die Zukunft der Saarbahnen.

L. Saarbrücken, im Juni. In den Versammlungen der Gewerkschaften der Eisenbahner ist die Frage aufgeworfen worden, ob man den Saarbahnen nach der Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche wird. Man wird etwas verwundert aufschauen, wenn man hört, daß die christliche Gewerkschaft der Eisenbahner auf ihrem jüngsten Gautag für das Saargebiet allen Ernstes die Forderung gestellt hat, die Saarbahnen nicht der Reichsbahn-Gesellschaft anzugliedern, sondern sie bei der Reichsbahn gesondert verwalten und betreiben zu lassen. Der Grund für diese eigenartig anmutende Forderung ist die Befürchtung sozialer Härten, die sich für die deutschen Eisenbahner unter der privatwirtschaftlichen Betriebsführung der Reichsbahn-Gesellschaft entwickelt haben, deren Uebernahme abzulehnen, die Saarsteinbahner glauben ein Recht zu haben. Man stützt sich hierbei auf formal-juristische Einwände, die man aus dem Reichsbahngesetz von 1924 herleiten zu können glaubt, durch das § 2. die Eisenbahnen ihres hoheitlichen Charakters entkleidet und in die Form einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft überführt wurden. Hiermit wurden von dem Gesetze erfaßt alle am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes vorhandenen Reichseisenbahnen sowie auch alle dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen, die später Eigentum des Reiches würden. An die Saarbahnen hat man bei der Abfassung des Gesetzes zweifellos nicht gedacht, denn diese Bahnen sind auch nach der Rückgliederung des Saargebietes vom Reiche noch nicht aus dem Eigentum des Reiches ausgeschieden, unter der treuhänderischen Betrieb wurde zwangsweise der Regierungs-Kommission zugewiesen. Der somit eine spätere Eigentumserwerbung bei der Rückgabe der Saarbahnen nach der Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche nicht in Frage kommt, könne der zweite Absatz des § 10 des Reichsbahn-Gesetzes nicht als gegeben angesehen werden, der ganze Paragraph schließe nicht nur den Uebergang der Saarbahnen in den Besitz der Reichsbahn-Gesellschaft aus. Das Verlangen der Saarsteinbahner kann wohl kaum Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden. Die formal-juristischen Hemmungen, auf die das Verlangen sich stützen möchte, sind leicht beseitigt durch ergänzende Vervollständigung des Gesetzes aus dem Wege zu räumen, so daß ein Zwang zu einer Verwaltungsteilung überhaupt nicht gegeben ist, und damit kehren die Saarsteinbahner in die Gemeinschaft der Reichseisenbahner zurück. Verbesserungen im Dienst- oder Stellenverhältnis sind dann eben in Rahmen der Gemeinschaft auf dem dafür vorhandenen Wege zu erstreben. Eine andere Lösung wird und kann es nicht geben, sie würde auch dem Interesse einer einheitlichen Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche nur im Wege stehen.

Der demokratische Reichsbeamtenausschuß gegen das Notopfer.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

⊕ Berlin, 12. Juni. Der geschäftsführende Vorstand des demokratischen Reichsbeamtenausschusses stimmte in seiner letzten Sitzung darin überein, daß das Notopfer in der von der Regierung vorgeschlagenen Form von der demokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt werden müsse. Die erforderlichen Gesetzentwürfe seien und müßten bei durch Einsparungen im Reichsetat, teils durch stärkere Belastung des entbehrlichen Verbrauchs — Bier und Tabak — eingebracht werden. Auch die Führertagung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten hat sich in einer Entschließung gegen das Notopfer gewandt.

Wetterberichte vom 13. Juni

(Von der Oeffentlichen Wetterdienststelle Frankfurt a. M.)

Die Luftdruckzonenlage über dem europäischen Festland haben durch die Nordwärtsverschiebung des Hochdruckgebiets sehr ausgeglichen, so daß sich infolge der starken Erhitzung zahlreiche Wärmegewitter ausbilden, die zum Auftreten von Gewittern führen. Die Gewitter werden jedoch keine nachhaltige Abkühlung bringen, auch muß die Temperaturen noch bis zur Mitte der Höhe wie am Vortag erreichen werden, dazegen wird es allgemein schwül.

Vorhersage für ganz Deutschland: Vorbreitetes Auftreten örtlicher Wärmegewitter, schwül, wechselnde Winde.

Wetterbeobachtungen von 8 Uhr vormittags.

Station	Barometer auf 0° C	Wind	Wetter	Temperatur C	Niederschlag mm	Stationen	Barometer auf 0° C	Wind	Wetter	Temperatur C	Niederschlag mm
Wilhelmshaven	62.6:SSO	1 heiter	19	0		Stockholm	66.6:SW	1 bedeckt	16	0,1	
Hamburg	62.6:NNO	1 bedeckt	18	0		Kopenhagen	64.6:SW	1 Regen	14	0,1	
Frankfurt	62.7:NNO	1 bedeckt	21	0		Barcelona	63.9:SSO	2 dc.	23	—	
Karlsruhe	63.1:NO	1 bedeckt	21	0,4		Budapest	62.8:NW	1 dc.	21	—	
Stuttgart	64.1:SO	0 dc.	24	—		Zürich	64.5:S	dc.	17	0,4	
Berlin	63.8:SSO	1 Dunst	20	—		Genua	64.9:S	1 heiter	17	0,1	
München	63.3:SO	3 dc.	23	—		Lissabon	64.8:NO	1 dc.	19	—	
Königsberg	64.1:SSO	3 bedeckt	23	—		Gotland	64.1:N	dc.	20	—	
Danzig	64.0:SSO	2 Dunst	20	—		Venedig	64.1:WNW	dc.	20	—	
Wien	66.1:wnl. still	klar	20	—		Florenz	62.8:SO	1 bedeckt	23	0,1	
Leipzig	63.7:NO	1 heiter	18	—		Rom	62.7:NNO	2 heiter	24	—	
Paris	63.9:SSW	1 bedeckt	20	2,5		Messina	62.8:S	3 klar	21	—	
Westerland	65.6:SSO	2 dc.	18	—		+700 m Luftdruck in Meereshöhe. Niederschlagsmenge in mm. seit gestern 19 Uhr.					
Kopenhagen	64.6:SSW	2 dc.	18	—							
Haparanda	62.6:W	3 dc.	13	—							

Wasserstand, 13. Juni früh

	Maximum gestern	Minimum letzte Nacht	Tagesmittel gestern	Normalmittel gestern	Niederschl. 6 Uhr (letzte 24 Std.)
Frankfurt a. M.	32,3	17,1	24,3	17,1	—
Feldberg i. T.	24,5	15,7	21,4	—	—
Wasserkuppe	22,8	14,1	21,5	—	—

Viereth	—100+3 cm	Frankfurt	—47+90 cm
Schweinfurt	71— 7 cm	Kostheim	130— 3 cm
Würzburg	76— 1 cm	Caub	158— 1 cm
Lohr Main	117— 6 cm	Unterpegel	324— 4 cm
Miltenberg	154— 2 cm	Kaiserslautern	—
Aschaffenburg	254— 5 cm	Schiersteine	290 cm
Heidenheim	294— 3 cm	Mainz Rh.	144— 6 cm
Hanau	302— 2 cm	Bingen	256— 4 cm

Caub	294— 0cm		
Koblenz	324— 6cm		
Köln	320— 5cm		
Mannheim	441— 9cm		
Maxau	366—11cm		
Kehl	336— 9cm		
Hüningen	233—19cm		

Maximum gestern letzte Nacht Tagesmittel Normalmittel Niederschlag 6 Uhr (letzte 24 Std.)

Frankfurt a. M. 32,3 17,1 24,3 17,1 —
Feldberg i. T. 24,5 15,7 21,4 — —
Wasserkuppe 22,8 14,1 21,5 — —

DER SPORT

Schmeling erringt die Weltmeisterschaft im Boxen durch Disqualifikation Sharkeys.

Der Boxkampf um die Weltmeisterschaft aller Gewichtsklassen, der am Donnerstag abend im Yankee-Stadion bei New York ausgetragen wurde, nahm ein behauptetes Ende. Sharkey führte bis zur vierten Runde klar nach Punkten, mußte aber in der Runde zwischen der vierten und fünften Runde wegen eines Tiefschlages disqualifiziert werden, so daß eigentlich der Geschlagene zum Sieger wurde. Unser New Yorker Korrespondent berichtet uns über diesen Kampf folgendes:

M New York, 12. Juni. Schon im ersten Moment des Kampfes schien der Amerikaner Sharkey dem Deutschen Max Schmeling offensichtlich überlegen zu sein. Schmelings Deckung erwies sich gegen den ausgezeichneten „linken Geraden" Sharkeys als viel zu schwach, so daß der Deutsche ungezählte Gesichtstreffer hinnehmen mußte. Schmelings Taktik zielte darauffin, diese geschickte Linke seines Gegners durch tief gebückte Haltung zu unterlaufen und dadurch wirkungslos zu machen. Aber Sharkey konnte mit Leichtigkeit seinen Gegner auch in dieser schwer zu bekämpfenden Defensiv-Stellung mit seiner schnellen und genauen Linken in Schach halten. Schmeling hatte zwar auch einige gute Momente, als er mehrere Doppeltreffer am Kopf seines Gegners landete, aber Sharkey konnte diese Treffer fast immer gleich erwidern. Gegen die vierten Runde schien Schmeling schon von den vielen schweren Treffern, die er hatte einstecken müssen, schwer mitgenommen zu sein. In der Mitte dieser Runde taumelte er deutlich und machte auch schon vor dem Tiefschlag Sharkeys den Eindruck nahe am knock-out zu sein. Sharkeys unfairer Tiefschlag wurde von den 80 000 Zuschauern, die dem Kampf beiwohnten, ausgezeigt. Das Publikum war aber objektiv genug, die Entscheidung des Ringrichters zu bekläschen."

Der Bericht unseres Korrespondenten deckt sich vollkommen mit dem Bild, das wir in Nr. 424 zur diesem Kampf skizziert hatten. Ausschlaggebend war die sichtliche Blake des Amerikaners, eine ständig arbeitende und durch ihre Härte und Genauigkeit unentnegt geschärfte Angriffswaffe, der Schmeling nur immer mehr gesteigerten Kraftaufwand entgegen zusetzen hatte. Sein Geduld hatte sich also von vornherein auf Defensiv-Waffe auf, zu deren vollem Gebrauch ihm der Gegner noch den entsprechenden Kampfbereichen, die uns vorliegen, nur einmal Gelegenheit bot. Die Kampfbetätigung des Deutschen im Angriff kam noch zu dem Erfolg kommen, wenn es das Glück will. Wie schwer das aber ist, muß Schmeling in dem Kampf gegen Sharkey erfahren, der ihm von Anfang unter ein Schnellfeuer seiner linken Geraden nahm und seinen Angriff nicht zur Entwicklung kommen ließ. Noch aller Beginn in der 4. Runde ging bis zu dem entscheidenden Tief Sharkeys auf dem Matt klar zu verlieren. Doppelt peinlich berührt unter diesen Umständen, daß ihm nur wegen eines Vergehens seines Gegners der Sieg zuerkannten werden muß.

Aus dem Bericht von „United Preß" entnehmen wir

aus dem Kampf-Verlauf,

folgende Einzelheiten:

1. Runde. Beide Kämpfer arbeiten vorsichtig, Schmeling sucht oft den Clinch, Sharkey dagegen versucht, sich Schmeling durch gerade Linke vom Leibe zu halten. Schmeling kämpft offensichtlich zurückhaltend und muß dem Gegner die Runde mit einem knappen Punktvorsprung überlassen.

2. Runde: Heftige Schlagwechsel zeichnen diese Runde aus. Schmeling brachte einmal einen Treffer rechten Hacken am Kinn Sharkeys an, mußte aber feinerseits einen schweren Uppercut auf das Herz einstecken.

3. Runde: Die folgende Runde steht ganz im Zeichen der Angriffe Sharkeys, der den Deutschen mit schweren Hieben bis an die Seile treibt. Schmelings Gegenangriff wird abgeschlagen; er muß wieder bis an die Seile zurückweichen. Sharkey suchte nun mit aller Gewalt eine schnelle Entscheidung zu erzwingen. Mit vielen Geraden, mehrfachen Kopf- und Körpertreffern greift er den Deutschen immer wieder an, der sich aber mit großer Ruhe sehr gut deckt. Auch diese Runde gewinnt Sharkey.

4. Runde: Schmeling ist endgültig in die Defensive gedrängt. Immer wieder trifft ihn Sharkey genau und hart. Der Amerikaner greift jetzt wie ein Wahnsinniger an und landet im Ueberfeier einen Schlag unter dem Gürtel auf die Lestengegend. Schmeling geht mit schmerzgepriesem Gesicht zu Boden, aber bei „9" erhebt der Gong. Der Deutsche ist noch Mitlauf der Pause noch immer kampfunfähig. Nachdem ihn seine Sekundanten in seine Ecke getragen haben, reklamiert er Tiefschlag. Der Ringrichter, dem im Moment des Falls die Aussicht durch den Rücken Sharkeys verstellt war, konnte unmöglich sich bei den Buntes Sharkeys Tiefschlag beobachtet, und da einer der Punktrichter einen einwandfreien Tiefschlag beobachtet hat, verkündigt er, nachdem er lebhaft mit den Managern der beiden Kämpfer debattiert hat, die Disqualifikation Sharkeys und damit den Sieg Schmelings. Der Deutsche war von dem Tiefschlag noch so mitgenommen, daß er der Aufforderung, am Mikrophon einige Worte zu sprechen, nicht folgen konnte.

Die Feststellung des Kampfgerichts wurde erhärtet durch die Untersuchung des Arztes, der einen einwandfreien Tief-schlag feststellte. Auch Gene Tunney, der frühere Weltmeister, will den Tiefschlag beobachtet haben. Die Tiefschlag-Szene soll angeblich werden wohl die Filme bringen, die von diesem Kampf von mehreren Stellen aus aufgenommen wurden.

Sharkey nahm die Entscheidung des Ringrichters mit ertaunlicher Ruhe entgegen. Schmeling erklärte sich bereit, sich so bald wie möglich für einen Rückkampf zur Verfügung zu stellen.

Als Schmeling sich in seiner Garderobe erholt hatte, erklärte er den ausgeschiedenen Sieger: „Ich hätte mich wieder erholt, ganz wohl; aber ich bin verletzt worden," wobei er mit den Augen auf seine Lestengegend wies. Sharkey sehen recht schlechter Stimmung zu sein und protestierte gegen die Beschuldigung, daß er einen Tiefschlag begangen habe. „Ich habe Schmeling mit seiner Schmeling an die Seile gedrängt," ergänzte er. „Er versuchte seine Deckung, und ich landete einen rechten Haken gegen seinen Magen. Der Schlag traf seine Knochen, das konnte ich fühlen." Sharkeys Manager Duffey war sehr ungehalten über die Entscheidung und bezeichnete sie als „Raub". Duffey ist von der Unschuld seines Schützlings so fest überzeugt, daß er sich wie ein feiger Hund benommen." rief er. „Von einem Tiefschlag kann gar keine Rede sein." Sharkey sei bereit, sofort für den Deutschen zu kämpfen, wo und wann der Ort von neuem entgegenzutreten und ihm zu beweisen, daß er ihn mit Leichtigkeit schlagen könne.

Das Gerücht, daß Schmeling an den Folgen des Tiefschlages gestorben sei, hat sich nach unseren Informationen nicht bestätigt.

Die dritte Runde um den Davispokal.

Nach der dritten Runde der Europa-Zone bietet die Davis-Pokal-Tabelle das Bild, das den Erwartungen entspricht:

Holland		Tschechoslowakei	
Tschechoslowakei	3:2		
Japan		Italien	
Spanien	4:1		
Australien		Australien	
Italien	4:1	Japan	4:1
Oesterreich	3:2		

Zwei europäische Nationen Italien und die Tschechoslowakei, zwei außereuropäische Australien und Japan, haben sich also für die Vorschlußrunde des Europa-Zone-Pokals qualifiziert. Diese werden erst Anfang Juli, nämlich nach Beendigung des alle Nationen in Wettbewerb stehenden Wimbledon-Meetings, der Weltmeisterschaften aus. Ausgetragen. Daß diese Vorrunde Ausländer, auch die Davis-Runde im eigenen Lande auf Rasen zu spielen, sich gegen Großbritannien Tennis ausmirkt, beweist der 4:1-Sieg, den die Australier in Gastbourne über Lee und Quigley im Singel arrangiert; lediglich Gregory-Collins konnten gegen Crawford-Hopman das Doppel und damit den Ehrenpunkt retten. Wahrscheinlich hätten Willard-Hopman ihren Pariser Sieg über das englische Davis-Team wiederholt. Aber auch so dient die Niederlage, die Australien für die Aktion erlitt, als ein sehr deutlicher Beweis für die Superiorität der Australier auf Gras wie auch auf Hartcourt und darf daher auch als Fingerzeig für die Wimbledonkämpfe gedeutet werden. Ebenso lassen sich aus den Ergebnissen der Vorrunde Schlüsse ziehen für die Besetzung der Semifinales und vor allem des Europa-Endspieles gewinnen. Für die Vorschlußrunden haben beide Auslandsteams große Chancen.

Daß die Japaner nach Prag müssen, und die Australier nach Mailand oder Turin, ist naturgemäß für die beteiligten ausländischen Teams ein gewisses Handicap. Dennoch scheint es nach der bisherigen Leistungen sowohl der Australier wie der Japaner beinahe sicher, daß besseres Training — ja man darf schon sagen Dauerkonzentration auf turniermäßiges Kampftennis — den Leuten aus dem Osten ein beachtliches Uebergewicht verleiht. Italiens stärkste Waffe ist ein Team von zwei heimatlichen Schlachtfeld seinen Kampf gegen Crawford oder Moon (welch letzterer ihm in Paris knapp unterlag) noch gewinnen. Die beiden restlichen Einzelspiele, die wohl wieder Gaslini bestreiten, dürfte der junge Vorwiter Jacobs, der in Paris Cochet bezwang, und Pietrangeli gewinnen. Ebenso glaubt verlieren wie Marquez-Gaslini das Doppel gegen Willard-Hopman. Voraussetzung bleibt natürlich, daß Moon und Willard, die beide erkrankt waren, bis bahin wieder „fit" sind.

Bei den Tschechen ruht die Hoffnung ebenfalls auf einem Spieler: auf Menzel, der im Gegensatz zu seinem Landsmann Spieler, der die schwersten Gegner der Welt schlagen kann, wenn er einen Ausnahmetag hat, der aber gegen die Ruhe und die Sicherheit der Japaner Ohta und Harada selbst mit Unterstützung des Prager Publikums nicht ankommen wird. Ebenso wie Ohta hier bar man also mit Wahrscheinlichkeit mindestens auf einen 3:2-Sieg der Japaner rechnen. Und wir werden also bei normalem Verlauf der „Europa"-Schlußrunde zwischen Australien und Japan erleben, ein Finale, das bei Ausfallen der Australier zu der vermorenen, bringend reformbedürftigen Einteilung der Davisjonen führen, in denen die Europa-Nationen mit den schwerer ausländischen Mannschaften ihre liebe Mühe haben, während Amerika durch leichte Spielen ihrer Zonen-Mannschaften, wie Kanada, Mexiko und Buba angenehm trainiert, aber keineswegs ermüdet, sich nach Europa einschiffen kann, um hier, ohne mehr zu erreichen als einigen Spiel zu riskieren, das Intersonnenfinale zu bestreiten. Ob die Amerikaner und vielleicht auch die Australier in Paris stattfindet, so leicht genommen wird das Finale um den letzten Jahr in Deutschland, ist fraglich.

bg.

Weltmeister Kozelub besiegt Najuch.

Im überfüllten Stadion auf der Prager Deß-Insel schlug der Professional-Weltmeister Karl Kozelub Roman Najuch-Berlin überlegen 6:1, 6:3, 6:3. Najuch schien unter der Hitze sehr zu leiden. Im Anschluß daran fand ein Schaukampf zwischen Karl Kozelub-Najuch und Menzel-Jaroslav, Tschechoslowakischen Davis-Coup-Spielern Menzel-Jan Kozelub gegenüberstellt. Es gab einen ersten Satz gewannen die Professionals überlegen 6:1, 6:2. Den dritten Satz verloren sie an die Amateure 4:6.

Seit 1. Juni sind Postanweisungen aus Deutschland nach Italien bis 2000 italienische Lire zugelassen. Für Postsendungen aus Italien nach Deutschland bleibt der Höchstbetrag bis auf weiteres auf 200 Mk. beschränkt.

---

alteten Beständen Raum und Luft für unsichere Neupflanzungen zu schaffen, lasse man Schwetzingen lieber in Schönheit sterben". Das ist sicher eine alte Weisheitsmahnung, die freilich auch zur Unsachlichkeit wird, wenn derjenige, der sie vertritt, sich gegen den Versuch ablehnend verhält, ihn davon zu überzeugen, daß es zuverlässige Mittel und Wege gibt, auch die Verwüstungen Schäden in Schwetzingen durch Neuanpflanzung zu verjüngen. Sie hier zu erörtern, würde zu weit führen. Es möge die Versicherung genügen, daß der Schreiber dieser Zeilen in mehrjähriger scharfer Beobachtung sich davon überzeugt hat, daß das Wort „Tod" bei der Schwetzinger Barock-Park Zeit unwirksam ist, immer und überall mit der gebotenen Sachkenntnis handelt und seine auf gründlicher Erfahrung gestützten Maßnahmen sich bereits aufs beste auswirken. Dazu gehört freilich, daß man unsachgemäßen Eingriffen in Natur und Kultur gegen den Strom zu schwimmen, wenn es z. B. darauf ankommt, einen auf sich noch lebhaft gesund erscheinenden Baum zu beseitigen, der vom Zeitn eigt im Entbindungsjahr Ausnahmeerscheinungen, die äußerlich Schädlingen ähnelten ist. Durch ihn werden in überraschend kurzer Zeit die gesunden Bäume der Nachbarschaft verseucht und dem jüngeren Tode entgegengehetzt. Solcher Gefahrenbäume gibt es in Schwetzingen noch mehrere. Es ist bedauerlich, daß man sich auch schon vorher notgedrungen hatte, eine größere Zahl, als man in Laienkreisen ahnt. Das „Zusammenbrechen" konnte sich bei Schwetzingen in übereschnell schnellem Tempo vollziehen.

Auch ist jeder unbefangene Beurteiler der Ansicht, daß die Tätigkeit der derzeitigen Schloßgartenverwaltung bewiesen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen ist. Erstaunlich schon wirken bereits jetzt wieder die Waldparzellen in den geschlossenen Bosketteanlagen zwischen Schloß und Orangerie. Es ist bedauerlich, daß man bei dem Versuch, die Fortnahme gewisser überalterter und im Rückgang befindlicher Bäume als außerordentlich wichtiam erweisen. Das Ziel hat heute in erforderlichem Umfang Zutritt, so daß auch das im Werdegang gewesene Unkraut, das sich in der Jahrzehnten Zeit eingetreten ist. Die Geschlossenheit der Bestände ist nicht im minsten gestört, im Gegenteil, reizvolle Gruppierungen und Parkbilder bieten sich beim dem Spaziergänger, bald vom Sonnenlicht umfaßt, bald, bald in tiefen Schatten. Es ist bedauerlich, daß man selbst Fachmann sein oder mit dem Pfleger Schwetzingens den Park durchwandern, um zu beurteilen, mit welch intensivem Erfolg hier in den letzten Jahren gearbeitet wurde. Die durch hoffnungslose Unkraut, Gestrüpp und die biologischen Zusammenhänge zwischen Lichtzufuhr und Bestandesentwicklung hat sich in starkem Maße auch in Hinsicht auf die Wasserhaushalt und den klimatischen Zusammenhang in Jahrzehnten Zeit eingetreten und Unkraut und Bodenfrost ausgewirkt. Die unter der verbesserten Lichtzufuhr freudig gedeihenden Immergrün, Efeu und sonstigen Bodenpflanzen haben sich zu einem sichtbaren Teppich zusammengeschlossen und verunsichtbaren die Schäden dieser Dürrtriebe, die früher den den meisten Spaziergängern gemieden wurden, weil knoblauchduftendes Unkraut den Aufenthalt in ihnen verleidete.

Die Wege, die jahrelang unglaublich schlecht waren, haben durchgreifende Erneuerung erfahren. Doch sind sie in weiten Teilen des Parks tadellos gangbar bei jedem Wetter, zum großen Teil sogar befestigt. Der Rasen auf den Rasen „Zirkel" und der großen Durchfahrt ist in einem Zustand, wie er besser kaum in bestgepflegten Privatgärten angetroffen wird. Durch Düngen, reichliche Bewässerung und andere Pflegemaßnahmen ist dies erreicht worden. Es ist bedauerlich, daß man im Schloßpark nur an wenigen Stellen zulässig ist, wird mit gebotener Zurückhaltung angewendet, was besonders hier besonders unterstrichen sei, weil man anderorts in ähnlichen Fällen beobachten kann, wie durch Elektrizitäten reiche Stromzufuhr Bäume und Sträuchern von sonstigen Mängeln und Schwächen der Parkpflege abgelenkt wird. Die zahlreichen Bildwerke im Park sind gesäubert, instand gesetzt und geölgt. Es ist bedauerlich, daß man einzelne Bäume gefällt einiger von hauptsächlichsten Gruppen, weil dadurch besonders an jüngeren Tagen eine unerwünschte Unruhe in die betreffenden Parkteile gebracht wird. Bänke, Brücken, Springwerke, Kleinbauten sind in ihrer alten Ordnung, Form und Farbe wiederhergestellt, die Instandsetzung nicht noch zurückgestellt werden muß. Der große Teich und die sonstigen Gewässer werden andauernd von Algen und anderer Verunreinigung freigehalten, so daß sich die Wasserqualität bei ihnen ebenfalls gebessert hat.

Was unter der derzeitigen Verwaltung bis jetzt geschehen ist, bildet einen ersten Abschnitt, mit ist noch zu tun, manches Problem bedarf noch der Lösung. Das bisher Erreichte berechtigt zu der Erwartung, daß die Arbeit in den kommenden Jahren weiter, jetzt unter Behörde in Karlsruhe, das begonnene Werk kraftvoll fortführen und sich nicht durch die eingangs erwähnten unsachlichen Angriffe und Kritiken Unbeweisender dazu beirren lassen werde.

Weiter hat man bisjetzt von der bisherigen Verwaltung Fürstlich Gilardons in einen anderen Dienstzweig, wo die öffentliche Meinung weniger Gelegenheit findet, ihn durch unsachliche Kritik zu gemürben. Man hört, es geschehe (was er selbst in Gesprächen gerne hervorhebt), nicht genug für diesen wertvollen Objekt nutzbar machen? Man glaubt anscheinend, daß ein anderer, ohne merklichen Unterschied nach einem „Plan" der Zentralbelle Stuttgarts Arbeit ebenso gut weiterführen könne. Nach Lage der Verhältnisse und der Gesamtheit eingreifender Wirksamkeit Gilardons des Parkes kommt es aber auf die Detailarbeit an Ort und Stelle in ungeahntem Maße an, die nicht durch einen „Plan" im Karlsruher Ministerium ersetzt werden kann, sondern bestimmt werden kann, daß draußen alles am Schnürchen geht.

Heide.

Nächtliche Radio-Uebertragung.

Zwei Uhr nachts. Noch könnte man tanzen, denn noch derfenden die Lautsprecher rhythmische Musik, aber die Nervosität der immer näher rückenden Sensation verlegt die Tätigkeit der Menschen von den Beinen in die Lippen, die nun in unaufhörlicher Bewegung sind. Die kleine Bar, in der ich sitze, hat ihre alltägliche trostlose Form mit einem phantastischen Zaubrauch vertauscht, daß ich fast ein Abenteuerer meint zu sein. Verlassen sitzen die Barbamen hinter ihren Buffets, Plastiken der Resignation. Alle Augen starren auf die runde, bunte, nüchterne Scheibe dort oben, auf der es doch nix etwas zu sehen gibt, man hört es auch so, wenn etwas kommt, ohne daß man hinsieht, aber daran denkt man nicht, sondern man sieht hin. Da — endlich — der erlösende Ruf, ein fürmisches Surren, dann wieder nichts. Atemlose Stille hat eingetritt. Die Kellner haben die Ventilatoren zugedreht. Eine solche Andacht hat dieser Raum noch nie gesehen.

Wieder einige Geräusche. Wie Regentropfen. Dann wieder Stille. Die Augen bohren sich in die Scheibe. Endlich kommt die erlösende Stimme. Eine Stunde schon wurde sie erwartet. Aber — was ist das für eine Stimme, die Klang ist nicht so, als wäre sie über den Ozean gewebt, sie hat nicht jene gebrochene Modulation eines deutschsprechenden Ausländers, die man erwartet hatte, sie hat nicht jene Mischung von Klarheit und Verschwommenheit, die durch das Dazwischenströmen atmosphärischer Störungen erzeugt wird — sie ist alles andere als dies: klar, deutlich und — überaus nahe. Mit schwäbischem Akzent. Von der Soestübe bei Stuttgart. Die Worte, die diese Stimme zu sagen hat, sind wenige und dürftige. Die Lust des Atlantik hatte es gerade in dieser Frage nicht gewollt, daß die Stimme des amerikanischen Reporters zu uns käme, nur ein paar Fetzen waren gelandet und diese entbielten, sonderbar genug, wenigstens das Resultat des Kampfes. Schmeling hatte Schmeling den Sieg davongetragen.

H. L.

Kleine Mitteilungen.

Musik.

Die Robert-Schumann-Gesellschaft in Zwickau feierte ihr zehnjähriges Bestehen. In einem Festkonzert erklangen zwei unbekannte Kompositionen Schumanns: ein Konzert in d moll für Violine und Orchester, das aus den letzten Tagen des Meisters nisten stammt und Joachim gewidmet ist, der es aber nie gespielt hat, und drei Polonaisen für Klavier vierhändig. Festredner war Prof. Dr. Freiherr H. v. d. Pfordten (München). Die Mitglieder-Versammlung nannte Eugenie Schumann, die in Interlaken lebende jüngste Tochter Schumanns, und Geheimrat Dr. Max Friedländer in Berlin zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft. Ferner wurde die erste Anregung zur Schumann-Sammlung gegeben. Seit 1911 befindet sich die sie unter Obhut der Stadt. Der Lei

Drei Monate deutsch-russische Verhandlungen.

Eine Schlichtungskommission für wirtschaftliche Fragen.

(Drahttelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

♣ Berlin, 12. Juni. Drei Monate gehen nun die deutsch-russischen Verhandlungen über eine Reihe rechtlicher, diplomatischer und wirtschaftlicher Streitfragen. Ihr schwierigster Teil betraf die Forderung — zu der Deutschland sich genötigt sieht — Garantien gegen die Störung der wirtschaftlichen oder amtlichen russischen Organe in die deutschen interessentlichen Verhältnisse zu schaffen. Hier verhielten sich die Russen hinhaltend und ausweichend mit dem Erfolg, daß man jetzt übereingekommen ist, die politischen Differenzen einstweilen ruhen zu lassen und die wirtschaftlichen Fragen einer gemischten Schlichtungskommission zu unterbreiten, wie sie im Berliner Vertrag von 1929 vorgesehen ist. Die Kommission setzt sich aus zwei Schlichtern auf jeder Seite und Experten beider Länder zusammen. Zu deutschen Schlichtern sind Reichstagsabgeordneter von Raumer und der Geheimrat im Auswärtigen Amt von Moltke ernannt worden; ferner gehört ihr Generalkonsul Schlesinger von der Abteilung des Auswärtigen Amtes an. Russland entsendet das Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats Stomonjakow, den Leiter der Zentraleuropäischen Abteilung des Außenkommissariats Stein und Dwelatizki vom Handelskommissariat. Die Kommission soll am 17. Juni in Moskau zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten. Sie hätte eigentlich gemäß dem Berliner Vertrag schon im vorigen Jahre tagen müssen, aber man hat davon abgesehen, weil jetzt der Moskauer Gegenbesuchs des Jahres 1928 erst kurze Zeit vergangen war. Von deutscher Seite sind mehrere Fragengruppen vorgemerkt, bei denen es sich um die Auslegung und Handhabung der bestehenden Verträge handelt. Dazu gehören die Fragen der Konzessionen, des Transits und der Niederlassung. Die Russen sind bestrebt, in der Schlichtungskommission auch Fragen zur Sprache zu bringen. Die Kommission besitzt keine entscheidenden Befugnisse, sondern hat lediglich die Aufgabe, die Differenzen genügend zu klären, um sie für eine diplomatische Austragung reif zu machen.

Die steuerfreie Reichsanleihe 1929.

Billigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiet der Vermögensteuer.

Zur Frage der Befreiung der 7proz. Reichsanleihe von 1929 von der Vermögensteuer hat der Reichsfinanzminister, wie die „Frankfurter Zeitung" in Nr. 132 berichtete, schon in einem Erlaß vom 8. Februar 1929 Stellung genommen. Die Besitzer der Reichsanleihe führen weiter Klage darüber, daß diese Anleihe trotz der zugesicherten Steuerfreiheit zur Vermögensteuer 1930 herangezogen werde. Der Reichsfinanzminister weist in einem Erlaß vom 28. Mai 1930 — S. 3540 A — darauf hin, daß die Frage der steuerlichen Behandlung dieser Anleihe in enger Verbindung mit der Ausbehnung des laufenden Hauptfeststellungszeitraums auf das Kalenderjahr 1930 steht.

Da für diesen Abschnitt der 1. Januar 1928 der maßgebende Stichtag ist, kann an ihn mangels einer Einheitsbewertung auf den 1. Januar 1930 die Steuerfreiheit der Reichsanleihe für 1930 nicht zugestanden werden. Zur Beseitigung der sich hieraus ergebenden Härten wird der Reichsfinanzminister eine Verordnung erlassen, wonach allen Steuerpflichtigen, die am 1. Januar 1930 nachweisbar Reichsanleihe im Nennbetrage von mindestens 1000 Mark besessen haben, auf Antrag der auf die Anleihe entfallende Vermögensteuerbetrag 1930 erlassen wird. Damit ist in Aussicht genommen, die Bestimmungen des Gesetzentwurfes schon für die Vermögenszahlungsraten zugute kommt, sind die Finanzämter angewiesen worden, den Vermögensteuerbetrag, der nach den Vorschriften des Ausführungen zu erlassen sein würde, sinnlos zu finden. Der Berechnung des zu finnbenden Steuerbetrages ist der Einheitswert zugrunde zu legen, mit dem das sonstige (kapitalfremde) Vermögen bei der Veranlagung für 1928 zur Vermögensteuer herangezogen worden ist. Eine ähnliche Ermäßigung nachträglich auf für die Vermögensteuer 1929 zugeblieben, hat der Minister abgelehnt.

Ma.

Albert Träger-Gedenkfeier.

♣ Berlin, 12. Juni. (Priv.-Tel.) Am heutigen hundertsten Geburtstage Albert Trägers fand an seiner Ruhestätte auf dem Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde in der Bergmannstraße eine schlichte Gedenkfeier statt, zu der sich neben den Angehörigen Trägers eine große Zahl politischer Freunde des Verstorbenen eingefunden hatten. Außer einer Reihe von demokratischen Politikern sah man den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Schnee, Vertreter aus Trägers Wahlkreis Varel-Jever, der er 25 Jahre lang im Reichstag vertreten hatte, und Vertreter der Gesellschaft für Volksbildung, deren Vorstand er lange Jahre geleitet hatte. Im Namen des Freundeskreises und der Familie hielt Reichstagsabgeordneter Fischbeck die Gedenkrede, in der er den alten Mitkämpfer Träger und seine Verdienste würdigte. Nach der Gründung des Deutschen Reiches habe sich der Inhalt dieses neuen Reiches nicht ganz mit den Auffassungen Trägers gedeckt, der seit seines Lebens Anhänger des großdeutschen Gedankens und der Vereinigung mit Oesterreich gewesen sei. Trotzdem habe Träger im alten Reiche mitgearbeitet, wenn er auch schon damals mitten im Siegeszubel den Ruf der Wahrung zur Freiheit habe ergehen lassen. Träger habe auch weit über seine Freundeskreis hinaus sich die Achtung und Wertschätzung seiner Gegner zu verschaffen gewußt und sich auch als Dichter und Förderer von Kunst und Wissenschaft große Verdienste erworben. Als Vertreter des Hauptvorstandes der demokratischen Partei legte mit ehrenden Worten Dr. Theodor Heuß einen Kranz am Grabe des unvergeßlichen Vorkämpfers nieder. Dann sprachen noch ein Vertreter der Gesellschaft des Varel-Jever und für den Demokratischen Verein Waldorf Landjägerhg. Ruschke.

Explosion einer Kriegsgranate. Durch Explosion einer Kriegsgranate in der Nähe von Reims wurde ein französischer Feldarbeiter auf der Stelle getötet, drei andere wurden schwer verletzt.

Gelbe Raucherzähne. „Nach langem Suchen erfuhr ich das Mittel für weiße Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blenden weiße Zähne, trotzdem bisselben durch vieles Rauchen braun und unansehnlich wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont." Zu haben in Tuben: Original-Packung 60 Pf. und 1 Mk. Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. Ist höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

GESPERRTE AUTOSTRASSEN

Hauptverkehrswege Südwestdeutschlands — Mitgeteilt vom Generalsekretariat des Frankfurter Automobil-Club (Automobilklub von Deutschland E. V.) — Stand vom 13. 6. 1930 — Das in () Gesetzte ist die Umleitung

1. Hahn—Gernsheim bis 19. 6. (Bruchmühle—Biebesheim—Gernsheim.)
2. Zwischen Ahlbach u. der Landstr. Limburg—Weilburg bis 16. 6. (die Landstr. Limburg—Weilburg.)
3. Diez—Nassau, zwischen Hirschberg u. 2. Weg Hochnassau—Holzappel. (Hirschberg—Isselbach — Giershausen — Hörhausen—Holzappel) bis 28. 6.
4. Großen-Linden—Langgöns bis auf weiteres. (Leihgestern.)
5. Mensfelden—Lindenholshausen, bei Lindenholshen. vom 16.—25. 6. (Limburg.)
6. Zwischen Schwarz u. Schweighausen bis 26. 6. (Dienethal—Sulzb.—Bechelh.)
7. Zwischen Belte und Billerbeck.
8. Zwischen Mayen und Abtei Laach.
8a Zwischen Wehn u. Abtei Laach.
9. Zwischen Greimersth und Britten.
10. Usingen — Landstein — Weilmünster — Weilburg vom 5. 6. bis 5. 7. (Usingen—Grävenwiesbach—Weilburg.)
11. Zwischen Neuenkirchen und Hager.
12. Zwischen Wadern u. Hermeskeil über Sausheid und Gusenburg.
13. Zwischen Euerdorf und Aschach.
14. Oberrod—Madenmühlen vom 13.—23. 6. (Oberrod—Rehn.)
15. Südlich Elze.
16. Montabaur—Ransrod, vor dem Weg nach Heiligenroth, bis 16. 6. (Heiligenroth.)
17. Zwischen Heersum und Grasdorf.
18. Zwischen Rösrath und Donrath.
19. Zwischen Ohrdrud und Oberhof.
20. Zwischen Ruhrtal und Ostenau wegen Brückenentfernung bis Ende Juni gesperrt. (Rottenbach — Bruchmühle — Obernau.)
21. Zwischen Daun und Wallenhorn.
21a. Zwischen Daun und Kelberg.
22. Zwischen Maisburg und Manderscheid.
23. Katzenelnbogen bis 19. 6. (Mittelfischbach—Holzhausen — Ober — Niederfischbach.)
23a Niederfischbach — Katzenelnbogen, bei Niederfischbach bis 14. 6. (Roth.)
23b Zwischen Oberfischbach — Niederfischbach bis 14. 6. (Pohl—Lollschied.)
24. Zwischen Pustelbem u. Kiendo
25. Zwischen Ohrdrud und Arnstadt.
26. Zwischen Nidegyen und Kl.-Hau.
26a Zwischen Nidegyen u. Schmidt.
27. Zwischen Hämmern und Steinheid.
28. Zwischen Pfaffenheck u. Boppard bis 28. 6.
29. Steinberg—Birlenbach, bei Steinberg bis 5. 6. (Wasenbach.)
30. Zwischen Schweich und Köwerich.
31. Dehrn—Oberselbach, bei Steeden, bis 16. 6. (Den Landw. Dehrn—Niederselbach.)
32. Zwischen Kassel u. Hann.-Münden über Wilhelmshausen, bis 14. 6.
33. Ortsdurchfahrt Hengelheim vom 27. 1. bis auf weiteres. (Bodheim a. Rhein.)
34. Zwischen Treisdorf u. Hauptstr. Siegburg—Bonn.
35. Zwischen Hünsfeld und Marbach.
36. Zwischen Eschenhahn u. Idstein bis 14. 6. (d. Weg Eschenhahn—Oberauroff oder über Niederauroff.)
36a Idstein—Esch, bei Esch vom 10. bis 21. 6. (Hornbach.)
37. Frankfurt—Limburg, bei Esch, vom 18.—23. 6. (Eppstein—Hettrich — Esch, für den Fernverkehr.)
37. Hachenburg—Kobleng, bei Ranebach, bis 27. 6. (Den Landweg Ebernhahn—Bershahn.)
38. Bahnhof Ingelbach — Wissen. Gem. vom 16.—21. 6. (Kroppach.)
38a Bahnhof Ingelbach — Wissen. Gem. Gisenhausen, vom 19.—21. 6. (Altenkirchen.)
39. Zwischen Krefeld und Willich.
41. Zwischen Opladen und Schlebusch.
42. Ortsdurchfahrt Wiesek vom 10. 2. bis auf weiteres (durch die Schul- und Rabenauer Straße in Wiesek.)
43. Braubach—Dachsenhausen—Marienfels, hinter Dachsenhausen bis 14. 6. (Ober-Niederdachsenh.)
44. Zwischen Heimbach und Berschweiler.
45. Frankfurt—Limburg, zwischen Königstein u. Fischbach vom 10. bis 24. 6. (Hellstätte Ruppertshain—Schloßborn.)
46. Zwischen Wellstuttel und Wendessen.
47. Zwischen Heilbronn u. Neckarsulm bis auf weiteres.
48. Zwischen Schierke und Ilsenburg.
48a Zwischen Stapelburg u. Schierke.
51. Stuttgart—Ulm, Faurndau bis auf weiter über Büchenbach nach Pfaffenhofen und von dort auf der Staatstr. über Rechtzhausenbach nach Schwabach und umgekehrt.
101. Landstr. Hachenburg—Herborn—Driedorf von 10. bis 14. 6. (Hohenroth—Madenmühlen oder über Roth.)
103. Bayreuth—Wunsiedel. Warmensteinach Gesamtstrecke bis 5. 6. (Warmensteinach — Oberwarmensteinach—Fichtelberg.)
105. Münster—Dieburg bis 28. 6. (Altheim.)
106. Buchschlag—Sprendlingen bis 13. 6. (Die aufgestellten Schilder sind zu beachten.)
107. Zwischen Mühlhausen und Eigenrieden ab 11. 6.
108. Ortsdurchfahrt Gumbsheim bis 14. 6. (Wöllstein.)
109. Pfeddersheim—Monsheim bis auf weiteres (Nieder-Flörsheim.)
62. Donauwörth — Nördlingen. Gräfenrohr—Fuchsmühl bis 14. 6. (Erlingshofen—Biesinger — Mödenschwiesen — Mötlingen.)
63. Zwischen Mering u. Ried bis 7. 7.
65. Ortsdurchfahrt Wahlheim bis 15. 6. (Von und nach Freimersheim über die Pariser Straße.)
66. Zwischen Pfuhl u. Burlatzingen.
67. Zwischen Schwaikach u. Neusen.
68. Zwischen Schwaindurt u. Schwebheim.
69. Zwischen Gr. Ammensee u. Roßdorf bis auf weiteres.
70. Zwischen Sieglingen u. Hausen.
71. Sontheim—Horkheim bis 14. 6. (Ueber den rauhen Stich.)
72. Zwischen Landestuhl u. Niedermahr.
73. Zwischen Neumarkt u. Prickenhofen bis 21. 6. (Neumarkt — Pfeffersmühlen — Laber—Niederhofen.)
74. Zwischen Aibach u. Wied bis 1. 10.
75. Zwischen Kaupheim u. Achstetten.
76. Isarbrücke bei Grünweck. Straße Mintraching—Reding bis 1. 8. (über Freising oder Föhring.)
77. Zwischen Mooshach u. Nichtinghausen.
78. Zwischen Hohenhausen u. Valdorf bis auf weiteres.
79. Zwischen Görsbach u. Windehausen bis 25. 7.
80. Zwischen Kirchengel u. Grauen.
81. Zwischen Kölleda u. Schillingstedt bis 5. 7.
82. Diessen—Utting—Schondorf bis unbestimmt. (Bezirkstr. Ob.-Schondorf—Achselschwang—Utting und Ob.-Schondorf—Achselschwang — Durnrachhof — Hübschenried—Diessen u. Seestr. Utting—Diessen.)
83. Zwischen Hessen u. Dardesheim bis 15. 6.
84. Stuttgart—Böblingen—Baden-Baden, in Döffingen. (Ueber Aidlingen oder Maichingen.)
85. Zwischen Dardesheim u. Aspenstedt.
86. Zwischen Stehdum und Klausen.
88. Zwischen Wernigerode u. Altenrode bis 17. 6.
89. Zwischen Kindelbrück u. Sachsenburg.
90. Zwischen Seesen u. Ildehausen.
91. Straßenzug Mühlhausen—Heiligenstadt, zwischen Abweizungr nach Lengefeld u. Bickenriede.
92. Zwischen Lichtenau u. Günteroda bis 30. 6.
93. Zwischen Durlach u. Wolfahrtsweier.
94. Zwischen Eichenberg u. Friedland ab 6. 6.
95. Zwischen Breitenworbis u. Hainrode.
96. Ehningen—Aidlingen bis 15. 6. (über Döffingen u. Gärtringen.)
97. Weilburg—Winden—Usingen bis 5. 7. (Weilburg—Grävenwiesbach — Usingen. Außerdem sind sämtliche in die Landstraße einmündenden Landwege für den Verkehr frei.)
98. Hatzfeld—Lindenhof vom 20. 5.—15. 6. (Einen Waldweg a. Bahnhof Hatzfeld.)
100. Schwabach—Greitenbach bis 14. 6. (Von Breitenlohe auf d. Gem.-Verbindungsweg über Büchenbach nach Pfaffenhofen und von dort auf der Staatstr. über Rechtzhausenbach nach Schwabach und umgekehrt.)
101. Landstr. Hachenburg—Herborn—Driedorf von 10. bis 14. 6. (Hohenroth—Madenmühlen oder über Roth.)
103. Bayreuth—Wunsiedel. Warmensteinach Gesamtstrecke bis 5. 6. (Warmensteinach — Oberwarmensteinach—Fichtelberg.)
105. Münster—Dieburg bis 28. 6. (Altheim.)
106. Buchschlag—Sprendlingen bis 13. 6. (Die aufgestellten Schilder sind zu beachten.)
107. Zwischen Mühlhausen und Eigenrieden ab 11. 6.
108. Ortsdurchfahrt Gumbsheim bis 14. 6. (Wöllstein.)
109. Pfeddersheim—Monsheim bis auf weiteres (Nieder-Flörsheim.)

PROSPEKT

33 850 000 RM aus der Umwandlung von Vorzugsaktien herrührende Stammaktien

(338 500 Stück über je 100 RM, Nr. 1 556 501—1 895 000)

sowie

2 400 000 RM neue Stammaktien

(2 400 Stück über je 1000 RM, Nr. 8 001—10 400)

der

Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft

zu Berlin.

Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft ist im Jahre 1883 mit dem Sitze zu Berlin unter der Firma Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektricität" begründet worden. Ihre jetzige Firma führte sie seit 1887.

Gegenstand des Unternehmens ist jede Art zewerblicher Ausnutzung der Elektrizität und jede sonstige Betätigung auf industriellem Gebiete im In- und Auslande, insbesondere namentlich Herstellung, Vertrieb oder Verwertung industrieller Erzeugnisse, Heterstellung, Einrichtung, Erwerb, Pachtung, Beweirtschaftung oder Verwertung von industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben sowie die Schaffung von Unternehmungen zur Ausnutzung solcher Anlagen.

Das Grundkapital der Gesellschaft von ursprünglich 5 000 000 ℳ betrug nach der Kapitalerhöhung im September 1927 200 000 000 ℳ. Außerordentliche Generalversammlung vom 27. August 1929 hat eine Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 23 750 000 ℳ durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Oktober 1929 beschlossen und den Vorstand ermächtigt, die Kapitalerhöhung bis zum 31. März 1931 durchzuführen. Der Vorstand der Gesellschaft hat auf Grund dieser Ermächtigung zunächst 13 750 000 ℳ neue Stammaktien ausgegeben, so daß das Grundkapital zurzeit 200 000 000 ℳ, eingeteilt in 163 750 000 ℳ Stammaktien, 17 500 000 ℳ Vorzugsaktien und 18 750 000 ℳ Vorzugsaktien B, beträgt.

Dieselbe Generalversammlung hat ferner den Vorstand ermächtigt, bis zum 31. März 1931 Vorzugsaktien und Vorzugsaktien B gegen Zuzahlung von mindestens 80 % des Nennwertes der Vorzugsaktien in vollberechtigte Stammaktien umzuwandeln und mit der Verpflichtung für die Gesellschaft, die Kosten und Steuern der Umwandlung zu tragen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Vorstand beschlossen, insgesamt nom. 33 850 000 ℳ Vorzugsaktien beider Gattungen in einen gleichen Nennbetrag von Stammaktien, einzeteilt in 338 500 Aktien zu je 100 ℳ umzuwandeln. Die bei der Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien zeleistete Zuzahlung von rd. 26 000 000 ℳ wird abzüglich der Kosten für den gesetzlichen Reservefonds zugeführt.

Die ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft vom 22. Februar 1930 hat den Vorstand ermächtigt, die restlichen nom. 1 410 000 ℳ Vorzugsaktien und nom. 990 000 ℳ Vorzugsaktien B gemäß den Bestimmungen der Satzung zur Rückzahlung zu kündigen. Die Kündigung ist inzwischen zum 30. Juni 1930 ausgesprochen. Sodann hat der Vorstand der Gesellschaft von der ihm früher erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht und den Beschluß gefaßt, weitere 2400 Stück neue auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je 1000 ℳ mit Gewinnberechtigung ab 1. Oktober 1929 auszugeben, mit der Maßgabe, daß die Kosten und Steuern der Kapitalerhöhung von der Gesellschaft getragen werden. Die 2 400 000 ℳ neuen Stammaktien sind mit der Verpflichtung über der Berliner Handels-Gesellschaft zum Kurse von 200 % mit der Verpflichtung, ihr Bezugsrechte zur Verfügung der Gesellschaft zu halten, übernommen worden, sie zu ihrem Kurswert zu verwerten und den Erlös zur Verfügung zu stellen. Bei der Verwertung der Aktien, die ein Teil der Stücke sind, welche die Internationale General Electric Company, New York, gemäß der am 30. Juni 1929 getroffenen Vereinbarung überkommt, wird der über den Nennwert hinaus erzielte Erlös nach Abzug der Kosten dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden.

Nach endgültiger Durchführung obiger Beschlüsse wird das Grundkapital der Gesellschaft 200 000 000 ℳ betragen, jedoch aus Stammaktien bestehen und in

10 000 Aktien über je 20 ℳ (Nr. 1— 10 000),
1 891 000 „ „ „ 100 „ (Nr. 10 001—1 901 000),
10 400 „ „ „ 1000 „ (Nr. 1— 10 400)

eingeteilt sein.

Die Inhaber der Stammaktien zu 50 ℳ sind in Gemäßheit der Bestimmungen der 7. Verordnung zur Durchführung der Umstellung über Goldbilanzen aufgefordert worden, ihre Aktien zum Umtausch in Aktien zu 100 ℳ und 1000 ℳ bis zum 15. September 1930 einzureichen.

Sämtliche Aktien lauten auf den Inhaber. Die neuen Aktienurkunden sind mit den vorgeschriebenen Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder und des Vorsitzenden des Aufsichtsrats ausgestattet und tragen die eigenhändige Unterschrift eines Kontrollbeamten. Den Stücken sind 10 Gewinnanteilscheine Nr. 20—29 und ein Erneuerungsschein beigezeichnen.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. September 1929 stellen sich wie folgt:

Bilanz per 30. September 1929

Aktiva	RM	RM	₰
Grundstücke am 1. 10. 1928	22 656 331		
Zugang 1928/29	4 562 564	27 188 895	
Gebäude am 1. 10. 1928	65 583 980		
Zugang 1928/29	8 130 308,08	73 714 288	08
	1 474 288	72 240 000	—
2% Abschreibung			
Maschinen am 1. 10. 1928	22 816 000		
Zugang 1928/29	1 750 379,55	24 566 379	55
10% Abschreibung		2 457 379	55
		21 929 000	—
Sonderabschreibung		2 000 000	—
		19 929 000	—
Werkzeuge		1	—
Modelle		1	—
Patente		1	—
Patente		1	—
Warenbestände			
Läger	66 775 013	41	
Anlagen in Arbeit	37 769 819	78	104 544 833 19
Kontokorrent			
Bankguthaben	65 814 281,65		
dagegg. Bankschulden	33 458 795,35	31 855 486	40
RM 937 500 Vorratsaktien		703 125	—
Guthaben bei befreundeten Gesellschaften		46 258 866	30
Laufende Reehnungen		125 318 284	79	204 175 712	49
Hypotheken				861 000	—
Effekten			
a) Eigene Gesellschaften		15 422 891	02
b) Beteiligungen		104 026 867	70
*) Wertpapiere		128 964 375	09	248 414 133	11
Kasse				296 737	13
Wechsel				16 274 323	16
Disagio aus Amerikaanleihen		8 000 000	—		
Abschreibung		3 000 000	—	5 000 000	—
				579 464 870	06

*) Darunter 1 199 874,95 ℳ Reichs-, Staats- und Stadtanleihen sowie Schuldverschreibungen. Der übrige Betrag besteht in der Hauptsache aus börsenfähigen Aktien.

Passiva	RM	RM	₰
Aktienkapital			
Stammaktien	178 750 000		
Vorzugsaktien	10 000 000		
Vorzugsaktien Lit. B	11 250 000	200 000 000	—
Reservefonds am 1. 10. 1928	22 620 000		
Zugang	23 380 000	46 000 000	—
Aufgewertete Markanleihen Serie I bis VIII		14 346 300	—
7% Amerika-Anleihe	$ 10 000 000	42 000 000	—
6½% Amerika-Anleihe	$ 10 000 000		
davon getilgt	$ 4 432 000		
	$ 6 568 000	27 555 600	—
6% Amerika-Anleihe	$ 15 000 000	63 000 000	—
Hypotheken		4 013 615	21
Wohlfahrtseinrichtungen		8 578 157	20
Gekündigte Markanleihe Serie IX, noch nicht eingelöst		202 724	56
Dividendeneinlösung			
noch nicht eingelöste Dividendenscheine		157 186	36
Anleihezinsen			
noch nicht eingelöste Zinsscheine auf Markanleihen		121 530	37
Genußrechte-Zinsen			
noch nicht eingelöste Zinsscheine		27 655	20
Guthaben der Sparkasse		24 873 436	34
Kontokorrent			
Anzahlungen der Kundschaft	31 624 840	65	
Guthaben der Lieferanten	23 559 098	95	
Guthaben bei befreundeten Gesellschaften	31 571 750	51	
Verschiedene Kreditoren	44 330 243	95	131 085 926	86
Gewinn- und Verlustrechnung			
Reingewinn		19 172 708	19
		579 464 870	06

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. September 1929.

Debet	RM	RM	₰	Kredit	RM	RM	₰
Steuern		12 113 744	25	Vortrag aus 1927/28		515 195	35
Abschreibungen				Geschäftsgewinn	39 682 924	72	
Gebäude	1 474 288	08					
Maschinen	2 457 379	55					
Sonderabschreibung auf Maschinen	2 000 000	—	5 911 667	63			
Auf Disagio aus Amerika-Anleihen			3 000 000	—			
Bilanz							
Reingewinn			19 172 708	19			
			40 198 120	07		40 198 120	07

Verteilung des Reingewinns:

6% Gewinnanteil auf 17 500 000.— RM	1 050 000.— RM	6% Vorzugsaktien	1 050 000.— RM
5% „ „ 18 750 000.— RM	937 500.—	Vorzugsaktien Lit. B	937 500.—
9% „ „ 150 000 000.— RM	13 500 000.—	Stammaktien	
„ 2 931 400.— RM	Stammaktien zur Verfügung der Gesellschaft		
147 088 600.— RM	Stammaktien	13 236 174.—	
		19 172 708.19 RM	

Gemäß § 40 des Aufwertungsgesetzes auf die Genußrechte für Altbesitz an Markanleihen 6% von 3 830 000.— RM — 229 800.— ℳ
Gewinnanteil des Aufsichtsrates — 314 377.30
Vortrag für 1929/30 — 3 634 556.99

Hinsichtlich der Angaben über die Bekanntmachungen, die Zusammensetzung des Vorstandes und des von der Generalversammlung zu wählenden Aufsichtsrates, die Generalversammlungen, das Geschäftsjahr, die Verteilung des Reingewinns, die Auszahlung der Gewinnanteile, die für die Jahre 1925/26 — 1927/28 ausgegebenen Dividendenscheine und Zinsscheine „Effekten" a) Eigene Gesellschaften, b) Beteiligungen, die Beschreibung des Unternehmens und die von der Gesellschaft aufgenommenen Anleihen wird auf den Prospekt vom Oktober 1929 betreffend Einführung von 13 750 000 RM neuen Stammaktien der Gesellschaft an der Börsen zu Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg verwiesen, der im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 267 vom 14. November 1929, in der Berliner Börsen-Zeitung Nr. 534 vom 14. November 1929, in der Frankfurter Zeitung Nr. 12 vom 5. Januar 1930 und in den Hamburger Nachrichten vom 1. Januar 1930 veröffentlicht worden ist.

Inzwischen sind folgende Veränderungen eingetreten:

Neu in den Aufsichtsrat wurde Herr Dr. Günther Quandt, Fabrikbesitzer, in Firma Gebrüder Quandt in Pritzwalk, Berlin, gewählt. Herr Hans Fürstenberg ist zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden bestellt worden.

Die Erhöhung des Bilanzpostens „Effekten" gegenüber dem im Prospekt vom Oktober 1929 veröffentlichten Status vom 30. Juni 1929 im Betrage von 5 000 000 RM ist im wesentlichen auf folgende Vorgänge zurückzuführen:

Hinzugetreten sind allen der Mix & Genest Aktiengesellschaft (inzwischen an die Standard Elektrizitäts-Gesellschaft Aktiengesellschaft überlassen), der Bank Elektrischer Werte Aktiengesellschaft, der Otto Jachmann Aktiengesellschaft, die Resteinzahlung auf Aktien der Bayerischen Zugspitzbahn Aktiengesellschaft und auf die Beteiligung der Gesellschaft an der Klausfilm G. m. b. H. — Dagegen hat die Gesellschaft, wie im letzten Geschäftsbericht erwähnt, 16⅔ % ihrer Beteiligung am Osram-Konzern an die International General Electric Company abgetreten.

Die Höhe der für Dritte übernommenen Bürgschaften beziffert sich auf rund 24 000 000 RM.

Am 1. März 1930 wurden 18 559 Beamte und 36 119 Arbeiter beschäftigt.

Die Entwicklung des Geschäfts wird im wesentlichen bestimmt werden von der Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen und insbesondere der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands. Falls wesentliche Störungen nicht eintreten, hofft die Gesellschaft auch für das laufende Geschäftsjahr auf ein befriedigendes Ergebnis.

Berlin, im April 1930.

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft

Auf Grund des vorstehenden Prospekts sind

33 850 000 RM aus der Umwandlung von Vorzugsaktien herrührende Stammaktien

(338 500 Stücke über je 100 RM, Nr. 1 556 501—1 895 000)

sowie

2 400 000 RM neue Stammaktien

(2400 Stücke über je 1000 RM, Nr. 8001—10400)

der

Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft zu Berlin

zum Handel und zur Notiz an der Frankfurter Börse zugelassen worden.

Frankfurt a. M. und Berlin, im Mai 1930.

Berliner Handels-Gesellschaft — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt (Main)

S. Bleichröder — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Frankfurt (Main) — Delbrück Schickler & Co.

Dresdner Bank in Frankfurt a. M. — Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Gebr. Sulzbach.